

des Autonomen Gebiets Xinjiang zu einer "konterrevolutionären bewaffneten Rebellion". Dabei sollen 15 "Schläger" getötet worden sein. Auf Seiten der Sicherheitskräfte wurden 7 getötet und 16 verletzt. Hinter der "Rebellion" sollen "extrem reaktionäre politische Kräfte" stehen, die einer separatistischen "konterrevolutionären Organisation" angehören. (Xinjiang-TV, 21.4.90, nach SWB, 23.4.90)

Westlichen Presseberichten zufolge sollen die Unruhen ausgebrochen sein, nachdem chinesische Behördenvertreter den Bau einer neuen Moschee verboten hatten. Zunächst sollen zwei chinesische Vermittler umgebracht worden sein, nachdem die Vermittlungsgespräche gescheitert waren. Danach sei es zu weiteren Ausschreitungen und zum Einsatz von chinesischen Truppeneinheiten gekommen. Insgesamt sollen rund 50 Menschen getötet worden sein. (FT, 11.4.90) -sch-

Kultur

* (16)

Nationale Konferenz über den Aufbau der Partei an Hochschulen

Vom 12.-16. April 1990 fand in Beijing eine nationale Arbeitskonferenz über den Aufbau der Partei an den Hochschulen statt. Wie es heißt, soll es sich um die erste derartige Konferenz seit 1949 handeln (RMRB, 13.4.90). Als Veranstalter fungierten gemeinsam die ZK-Organisationsabteilung, die ZK-Propagandaabteilung und die Staatliche Erziehungskommission. Anwesend waren die Chefs der Organisations- und Propagandaabteilungen auf Provinzebene, die Parteisekretäre von hundert Hochschulen und Vertreter der staatlichen Stellen. Der Vorsitzende der Staatlichen Erziehungskommission Li Tieying gab unter dem Titel "Den Aufbau der Partei an Hochschulen stärken, Nachfolger für die Sache des Sozialismus heranziehen" einen Bericht, in dem er darauf hinwies, daß das Festhalten an der Führungsrolle der Partei und die Stärkung des Aufbaus der Partei an den Hochschulen die beste Gewähr dafür böten, sozialistische Hochschulen chinesischer Prägung gut zu betreiben. Für den Betrieb der sozialistischen Hochschulen stellte er folgende Forderungen auf: Die

Ausbildung müsse der sozialistischen Modernisierung dienen, Erziehung müsse mit produktiver Arbeit verbunden sein, und es sei Nachwuchs heranzubilden, der auf den Gebieten Moral, Wissen, Sport, Kunst und körperlicher Arbeit gebildet ist. Aufgrund der Erfahrungen aus den politischen Unruhen des letzten Jahres müsse der Aufbau der Parteiorganisationen an den Hochschulen verstärkt werden und müsse die moralische Erziehung in der Hochschularbeit an die erste Stelle gesetzt werden. Aufgabe der Hochschulen sei es, die Partei und das sozialistische System zu bewahren und ein Bollwerk gegen die bürgerliche Liberalisierung und gegen die "friedliche Evolution" (d.h. zum Kapitalismus) zu bilden. Um diese Aufgabe zu bewältigen, müssen die Hochschulen an der führenden Position der Parteikomitees festhalten; nur so sei gewährleistet, daß die Führungsmacht in Händen von Leuten liege, die dem Marxismus treu ergeben sind. Fortan werde an den Hochschulen prinzipiell das Verantwortlichkeitssystem des Hochschulpräsidenten unter Führung des Parteikomitees praktiziert. Mit anderen Worten, der Hochschulpräsident wird künftig dem Parteisekretär seiner Hochschule unterstehen. Dies bedeutet eine empfindliche Einschränkung der Autonomie der Hochschulen, die im Laufe der achtziger Jahre durch die Einführung des Verantwortlichkeitssystems der Hochschulpräsidenten begründet worden war.

Li sprach auch das Problem des Aufbaus eines guten Kontingents von Hochschulkadern, insbesondere Lehrpersonal, an. Unter den Hochschullehrern sei gegenwärtig fast die Hälfte Parteimitglieder, unter den Professoren sei der Anteil noch größer. Dies sei für die Partei eine sehr günstige Lage. Die Hochschullehrer müßten Lehre und Menschenführung miteinander verbinden und diese Aufgabe selbstbewußt im Austausch mit der Parteiorganisation durchführen. Diese Forderung macht deutlich, daß auch die Hochschullehrer praktisch dem Parteikomitee ihrer Hochschule unterstehen.

Generalsekretär Jiang Zemin, der Teilnehmer der Konferenz unter Anwesenheit Li Pengs und anderer Politiker empfing, betonte in seiner Ansprache die Bedeutung des Patriotismus in der Erziehung. Chinas Intellektuelle hätten eine patriotische Tradition ent-

wickelt, die es zu bewahren gelte. Insbesondere die studentische Jugend müsse dazu erzogen werden, China und den Sozialismus zu lieben. (RMRB, 13.4.90)

Auf der Abschlußsitzung sprach der stellvertretende Leiter der Staatlichen Erziehungskommission, He Dongchang. In bezug auf die ideologische Arbeit an den Hochschulen stellte er es als unabdinglich hin, daß die Studenten 1. den Marxismus studieren und 2. sich eng mit der Praxis verbinden (d.h. praktisch arbeiten) und daß auf keines dieser beiden Dinge zu verzichten sei. Ferner betonte er, daß in den philosophischen und sozialwissenschaftlichen Fächern das Parteikomitee die politische Richtung anzugeben habe. Außerdem wandte sich der Leiter der ZK-Organisationsabteilung, Lü Feng, an die Konferenzteilnehmer. Er wies darauf hin, daß der Aufbau der Parteizellen an den Hochschulen derzeit ein schwaches Glied sei. Wichtig sei, daß als Parteizellensekretäre hervorragende Parteimitglieder ausgewählt würden. Zu ihren Aufgaben gehöre nämlich auch die Schulung, Verwaltung und Kontrolle der Parteimitglieder. Unter der Voraussetzung der Führung durch das Parteikomitee könne sich das Verantwortlichkeitssystem des Hochschulpräsidenten voll entfalten. (RMRB, 17.4.90)

Seit der Unterdrückung der Studentenproteste vom Mai/Juni 1989 gilt die besondere Aufmerksamkeit der Partei den Hochschulen. Als Heilmittel gegen die Aufmüpfigkeit der Studenten wurde die ideologische Erziehung, teilweise gekoppelt mit militärischer Ausbildung, verstärkt. Offenbar gab es aber organisatorische Probleme bei der Durchsetzung der Parteiziele. Deshalb wurde jetzt klargestellt, daß die Parteikomitees an den Hochschulen die absolute Führungsposition innehaben und daß sich die Präsidenten und der Lehrkörper ihnen unterzuordnen haben. -st-

* (17)

Stellenzuweisung für diesjährige Hochschulabsolventen

Um die Arbeit der Stellenzuweisung für Hochschulabsolventen zu verbessern, hat der Staatsrat kürzlich eine kleine Führungsgruppe für die Stellenzuweisung von Hochschulabsolventen eingerichtet, die unter der Leitung von

Staatsrat Li Tieying steht und aus verantwortlichen Persönlichkeiten der zuständigen Behörden, darunter der Staatlichen Erziehungskommission, des Personal- und Arbeitsministeriums, gebildet wird. Aufgabe der kleinen Führungsgruppe soll die Untersuchung und Lösung der hauptsächlichsten Probleme, die bei der Stellenzuweisung entstehen, und die Koordinierung der Arbeit sein.

In diesem Jahr werden 564.000 Studenten die Hochschule absolvieren. Hinzu kommen 35.000 Forschungsstudenten, die ihr Postgraduiertenstudium beenden (GMRB, 17.4.90). Ihnen allen wird der Staat mit wenigen Ausnahmen Stellen zuweisen. In den vergangenen Jahren war das System der staatlichen Stellenzuweisung für Hochschulabsolventen versuchsweise dahingehend reformiert worden, daß sich an ausgewählten Hochschulen die Studenten selbst um Stellen bewerben konnten. Dies hatte für die Studenten den Vorteil, daß sie ihre eigenen Wünsche bei der Stellensuche einbringen konnten, bedeutete für viele Studenten aber zugleich auch eine Unsicherheit. Auch für den Staat war die Reform ambivalent: Der Vorteil war, daß er von der Pflicht entbunden war, alle Absolventen in staatlichen Institutionen und Betrieben, wo freie Stellen ohnehin kaum mehr vorhanden sind, unterbringen zu müssen, der Nachteil, daß er die Kontrolle über den Verbleib der Absolventen verlor. Insofern scheint die Reform nicht die ungeteilte Zustimmung beider Seiten gefunden zu haben.

In diesem Jahr nun hat der Staat die Reform zurückgenommen und wird in der Regel wieder allen Hochschulabsolventen selbst eine Stelle zuweisen. Der Grund liegt wohl darin, daß er wieder eine stärkere Kontrolle über die Hochschulabgänger ausüben und insbesondere in die begehrten staatlichen Stellen in den Großstädten ideologisch zuverlässige Kandidaten plazieren möchte. Eine Rolle mag auch spielen, bei den Studenten um Vertrauen zu werben und ihnen die Sorge um ihre berufliche Zukunft zu erleichtern, was angesichts der schwierigen wirtschaftlichen Situation und des Stellenmarktes für Hochschulabsolventen ein nicht zu unterschätzender Aspekt ist. Ausgenommen von der staatlichen Zuweisungspraxis in diesem Jahr sind in erster Linie - wie bereits in der Ver-

gangenheit - die Selbstzahler und die Absolventen der Fernseh- und Fernuniversitäten. Ihre Zahl beträgt in diesem Jahr 34.000, was bedeutet, daß von den insgesamt 564.000 Absolventen 530.000 vom Staat in Stellen zu vermitteln sind (XNA, chin., 16.4.90, nach SWB, 18.4.90). Da staatlicherseits nicht so viele offene Stellen zur Verfügung stehen, muß der Staat auf Kollektiv-einheiten und kleinstädtische Betriebe ausweichen. Im einzelnen wird in diesem Jahr nach folgender Methode verfahren (vgl. GMRB, 17.4.90):

1. Diejenigen Hochschulabsolventen, die dem staatlichen Stellenverteilungsplan unterstehen (das sind alle, die an regulären Hochschulen studiert haben), erhalten entsprechend dem staatlichen Plan eine Stelle zugewiesen. Selbstzahler und Absolventen von Fernseh- und Fernuniversitäten werden von den einstellenden Einheiten ausgewählt, nachdem sie von ihrer Hochschule empfohlen worden sind oder sich selbst beworben haben.
2. Eine Anzahl von Absolventen soll nach Plan in Betriebe geschickt werden. Absolventen, die Stellungen bei Kollektivunternehmen oder bei Dorf- und Kleinstadtbetrieben zugewiesen bekommen oder von diesen eingestellt werden, unterstehen - sofern sie unter das staatliche Zuweisungssystem fallen - verwal-tungsmäßig den zuständigen Organen des betr. Kreises oder der Ebenen darüber. Sie erhalten den Status von staatlichen Kadern, ihr Gehalt jedoch von dem Kollektiv-unternehmen oder dem Betrieb, bei dem sie angestellt sind.
3. Die zuständigen Behörden sollen den besten Absolventen Priorität bei der Stellenzuweisung geben. Insbesondere sollen die Absolventen der Schwerpunktuniversitäten und -hochschulen Stellen erhalten, auf denen sie sich entfalten können. In diesem Jahr soll laut Plan eine bestimmte Anzahl von Absolventen, die sowohl in politisch-ideologischer Hinsicht als auch in bezug auf Charakter und Studium hervor-ragend sind, Stellen bei Organen der Zentrale und der Provinzebene erhalten; doch sollen diese jungen Leute zuvor an die Basis geschickt werden, um sie zu stählen.
4. Partei- und Regierungsorgane auf und oberhalb Provinzebene können, wenn sie für einige technische

Positionen Personal brauchen, direkt an den Hochschulen Graduier-te entsprechender Spezialfächer auswählen. Hochschulabsolventen, die vor ihrem Studium schon zwei Jahre praktisch gearbeitet haben, können unmittelbar ihre Arbeit in Partei- und Regierungsorganen der Provinz und Zentrale aufnehmen.

5. Promovierte Hochschulabgänger sollen hauptsächlich an Hochschulen, Forschungsinstitutionen und wichtige staatliche Unternehmen und Einheiten vermittelt werden. Die Bildungsinstitutionen und die staatlichen Stellen sollen die Promovierten in verantwortungsvoller Weise einsetzen. (GMRB, 17.4.90)
6. Um dem Lehrermangel abzuwehren, sollen Hochschulabsolventen, die nicht von pädagogischen Hochschulen kommen, aber als Lehrer geeignet sind, ermuntert werden, als Lehrer an Mittelschulen und technischen Berufsschulen zu arbeiten. Sind sie dazu bereit, erhalten sie von ihrer ursprünglichen Hochschule eine Belohnung. Wenn eine Mittelschule zusätzliche Lehrer braucht, aber keine freien Stellen hat, dann darf sie mit Genehmigung der zuständigen Behörde Hochschulabsolventen als neue Lehrer einstellen, und zwar entsprechend der Zahl derjenigen Lehrer, die (demnächst?) in den Ruhestand eintreten. Mit der Pensionierung der älteren Lehrer wird die Zahl der Lehrer dann wieder auf die Planstellen reduziert. (XNA, chin., 16.4.90, nach SWB, 18.4.90)

Im Prinzip wurden diese Einstellungsregeln in den letzten Jahren auch angewendet, obgleich sie lockerer gehandhabt wurden. Die Verschärfung in diesem Jahr bezieht sich vor allem darauf, daß nur noch ein beschränkter Kreis von Hochschulabgängern direkt von der Hochschule eine staatliche Stelle auf der obersten Ebene (Zentrale und Provinzebene) antreten kann. Unter diese Gruppe fallen Promovier-te, ferner Absolventen bestimmter Fachstudien, für die Partei- und Regierungsorgane auf und über der Provinzebene Bedarf haben, und ggf. Kandidaten für den Lehrerberuf. Der weitaus größte Teil der Hochschulabsolventen wird jedoch auf Verwaltungsebenen unterhalb der Provinz, also im wesentlichen in Kreisstädten und auf dem Lande, eingesetzt. Diese Abgänger

werden sozusagen an Einheiten in Kollektivbesitz ausgeliehen, denn sie erhalten den Status von staatlichen Kadern, d.h. sie bleiben weiterhin in der Obhut des Staates und haben u.U. später Gelegenheit, in Stellen auf höherer Ebene versetzt zu werden. Dennoch werden sie unzufrieden sein, nicht nur, weil sie in kleinen Städten und auf dem Lande arbeiten müssen, sondern auch, weil sie von den Kollektiveinheiten niedrigere Gehälter beziehen als in staatlichen Organen oder Betrieben. -st-

*(18)

Auslandsstudium: In diesem Jahr 3.000 Stipendien

Laut einer Meldung der *China Daily* (nach XNA, 12.4.90) wird die chinesische Regierung in diesem Jahr 3.000 Studenten und Wissenschaftler zum Studium ins Ausland schicken. Damit setzt China die seit Ende der siebziger Jahre begonnene diesbezügliche Politik fort, wie ein Sprecher der Staatlichen Erziehungskommission versichert; diese Politik werde noch auf Jahre hinaus beibehalten werden, so sagte er, denn das Entsenden von Studenten ins Ausland sei eine wirksame Methode, modernes Wissen in Wissenschaft und Technik sowie Management in China einzuführen und hochqualifiziertes Personal auszubilden.

Obwohl von chinesischer Seite beteuert wird, es habe sich nichts an der Politik des Auslandsstudiums geändert, ist die Zahl der entsandten Studenten seit Sommer 1989 deutlich reduziert und sind die Auswahlkriterien verschärft worden (vgl. dazu C.a. 1989/7, Ü 23). Zwar ist den offiziellen Angaben zufolge die Zahl der Regierungsstipendien für Studien im Ausland, die pro Jahr vergeben werden, unverändert geblieben (auch im Jahre 1988 wie in den Jahren zuvor betrug die Zahl der Regierungsstipendiaten durchweg 3.000, vgl. C.a. 1988/4, Ü 20); doch hat sich die Struktur der Stipendiaten verändert, d.h. es werden seit der Unterdrückung der Studentenproteste im Juni 1989 praktisch keine Studenten mehr ins Ausland geschickt, sondern nur noch Postgraduierte und vor allem fertige Wissenschaftler, weil man annimmt, daß ältere Stipendiaten eher nach China zurückkehren als junge Studenten.

Auch bei der diesjährigen Auswahl der Stipendiaten wird so verfahren, daß die Stipendien zum überwiegenden Teil an ältere Forschungsstudenten und Wissenschaftler gehen, und zwar in der Regel für Kurzaufenthalte von sechs Monaten bis zu einem Jahr. Von den 3.000 geplanten Stipendien sollen 1.500 an Kandidaten für fortgeschrittene Studien oder an Gastwissenschaftler vergeben werden. Die Stipendien betragen 5.000 - 10.000 US\$ pro Person. Nur 400 Doktoranden werden ins Ausland geschickt, von denen die Hälfte in gemeinsamen Doktoranden-Programmen ausgebildet wird, die die Staatliche Erziehungskommission in Kooperation mit ausländischen Universitäten durchführt. Neben den Regierungsstipendiaten untersteht der Staatlichen Erziehungskommission auch die Auswahl der Kandidaten, die mit Krediten der Weltbank im Ausland studieren. Die genaue Zahl dieser Kandidaten ist nicht bekannt, es soll sich aber um einige hundert handeln. (XNA, 12.4.90) Seit dem Sommer 1989 bemüht sich die chinesische Seite verstärkt darum, die Kandidaten für ein Auslandsstudium selbst auszuwählen, um ideologische Gesichtspunkte berücksichtigen zu können.

Der Sprecher der Staatlichen Erziehungskommission äußerte sich auch zu der Zahl der Rückkehrer. Im Verlauf des letzten Jahrzehnts, so der Sprecher, habe China über 60.000 Studenten zum Studium in über 70 Länder geschickt. Von diesen sei mehr als die Hälfte nach dem Studienabschluß zurückgekehrt (XNA, 12.4.90). Wie alle diesbezüglichen Zahlenangaben ist auch diese Zahl sehr vage. Bisher gemachte Zahlenangaben lassen sich schwer miteinander vergleichen, weil immer wieder von anderen Daten ausgegangen wird (vgl. dazu z.B. C.a., 1989/12, Ü 21). Fest steht, daß die Rückkehrerquote der Studenten weit aus geringer ist als die der Wissenschaftler. -st-

*(19)

Werben um Lehrernachwuchs

Am 14. April 1990 hat die Staatliche Erziehungskommission einen offenen Brief an alle Mittelschuldirektoren und -lehrer Chinas geschickt, um deren Aufmerksamkeit auf ein akutes Problem im chinesischen Erziehungswesen zu lenken: den allgemeinen Lehrermangel. In dem offenen Brief heißt es u.a.:

Derzeit befindet sich China in dem wichtigen historischen Zeitabschnitt der Verwirklichung des strategischen Zieles der sozialistischen Modernisierung. Die Praxis der sozialistischen Modernisierung zeigt: Je weiter die Wirtschaft sich entwickelt und je weiter die Gesellschaft voranschreitet, desto höhere Anforderungen werden an das Erziehungswesen gestellt. Um das Erziehungswesen zu entwickeln und die Qualität der Erziehung zu erhöhen, bedarf es des Aufbaus eines festen Kontingents einer großen Zahl von qualifizierten Lehrern. Um dieses zu erreichen, muß zum einen Lehrerfortbildung betrieben werden, um das politische und fachliche Niveau der Lehrer zu erhöhen, zum anderen müssen neue Lehrer ausgebildet werden, um die Lehrerschaft ständig ergänzen zu können. Gleichzeitig müssen Anstrengungen unternommen werden, das gesellschaftliche Ansehen und die Bezahlung der Lehrer anzuheben und ihre Arbeits- und Lebensverhältnisse zu verbessern. Wenn es in dieser Hinsicht gegenwärtig noch Schwierigkeiten gibt, so muß man sehen, daß diese nur eine temporäre Erscheinung sind. Seit einiger Zeit jedoch wird der Lehrerberuf aufgrund traditioneller Ansichten und unguter Einflüsse aus der Gesellschaft einseitig negativ bewertet. Dabei wird nur berücksichtigt, daß das gesellschaftliche Ansehen und die Bezahlung der Lehrer nicht gut seien, aber nicht die wichtige Rolle gewürdigt, die die Lehrer bei der sozialistischen Modernisierung spielen. So kommt es, daß sich nicht genügend Mittelschulabgänger für die Lehrerausbildungsstätten bewerben. Dieses Problem muß die besondere Aufmerksamkeit der Mittelschullehrer auf sich lenken. Die Direktoren und Lehrer der Mittelschulen sind für die Mittelschüler in politischer Hinsicht wegweisend, aber auch in bezug auf den Bildungsgang. Sie üben auf die Schüler einen relativ großen Einfluß aus. Im kommenden Jahrzehnt wird ein großer Teil der alten Lehrer pensioniert, und es muß guter Nachwuchs ausgebildet werden, zumal angesichts einerseits der Herausforderung der neuen technischen Revolution und andererseits der Herausforderung durch feindliche internationale Kräfte, die die "friedliche Evolution" wollen (d.h. China in ein kapitalistisches Land verwandeln wollen), die Aufgabe der Erziehung noch schwerer geworden ist. Insofern ist die Ausbildung einer ausreichenden Anzahl hochqualifizierter

Lehrer eine vordringliche Aufgabe. "Wir hoffen, daß Sie den Schülern helfen, die richtige Anschauung von der Berufswahl zu haben, daß Sie sie dazu erziehen, wie Lei Feng von ganzem Herzen und mit ganzem Willen dem Volke dienen zu wollen und daß Sie die guten Schüler dazu bringen, sich bei Lehrerbildungsanstalten zu bewerben und ihr Leben der Volkserziehung zu widmen." (RMRB, 19.4.90)

Es ist kaum anzunehmen, daß der offene Brief der Staatlichen Erziehungskommission bewirken kann, den Lehrerberuf attraktiver zu machen. Das niedrige Ansehen in der Gesellschaft und die schlechte Bezahlung der Lehrer sind wenig dazu angetan, bei den Mittelschulabsolventen den Wunsch zu wecken, Lehrer zu werden. Demotivierend dürfte vor allem auch die Tatsache sein, daß Lehrer unter einem starken ideologischen Druck stehen. -st-

*(20)

Maßnahmen gegen vorzeitigen Schulabbruch

Die Chinesische Stiftung für Jugendentwicklung, eine im März 1990 gemeinsam von der Kommunistischen Jugendliga, dem Allchinesischen Jugendverband, dem Allchinesischen Studentenverband und dem Koordinierungskomitee des nationalen Kinderwerks gegründete Organisation, hat es sich zur Aufgabe gemacht, durch Beihilfen Kindern, die aus wirtschaftlichen Gründen vorzeitig die Schule verlassen, wieder den Schulbesuch zu ermöglichen. In diesem Jahr sollen 10.000 (*sic!*) Grundschüler, deren Eltern zu arm sind, um sie zur Schule zu schicken, finanzielle Unterstützung erhalten, damit sie eine Schule besuchen können. Wie der Sekretär des ZK der Kommunistischen Jugendliga und Vorstandsvorsitzende der Stiftung für Jugendentwicklung, Liu Yandong, erläuterte, soll jeder der 100.000 (*sic!*) Schüler aus den 23 ärmsten Kreisen in 17 Provinzen, die die Schule vorzeitig abbrechen, pro Schuljahr 40 Yuan zur Deckung aller in Verbindung mit der Schule anfallenden Kosten, einschließlich Schulbuchgeld, erhalten. Laut Liu sollen in China jedes Jahr 4 Millionen Kinder vorzeitig die Schule verlassen und in einigen der ärmsten Gegenden nur ein Drittel der Kinder im schulpflichtigen Alter zur Schule gehen. (XNA, 19.4.90) Diese Zahlen, die eher

noch zu niedrig gegriffen sind, zeigen die Grenzen der 1986 gesetzlich eingeführten allgemeinen Schulpflicht auf.

Zu Einzelheiten der Arbeit der Stiftung für Jugendentwicklung führte Liu folgendes aus: Unterstützt werden sollen vorrangig Schüler aus den ehemaligen "Befreiten Gebieten", wie die Gebirgsgegend Dabie Shan in Mittelchina, Yan'an in Nordwestchina und Jinggang Shan in Jiangxi. Die finanzielle Beihilfe setzt im Herbst mit Beginn des neuen Schuljahres ein. Die Stiftung will in diesem Jahr ferner in einigen der ärmsten Kreise Grundschulen bauen und Schulgebäude renovieren. Seit Einrichtung des Stiftungsfonds im Oktober 1989 sind über 1 Million Yuan von knapp 3.000 einheimischen Organisationen, Unternehmen und Einzelpersonen gestiftet worden. Einige Unternehmen haben langfristige Hilfe für Schulen in armen Gegenden zugesagt. Nichtstaatliche Organisationen und öffentliche Persönlichkeiten aus Hongkong, Taiwan und dem Ausland haben ebenfalls finanzielle Unterstützung angeboten. In den nächsten drei bis fünf Jahren sollen Schulabbrecher in den 328 ärmsten Kreisen des Landes Beihilfen gewährt werden, um sie zur Schule zurückzuführen. Entsprechend den Wünschen der Stifter wird die Stiftung Grundschulen in armen Gegenden auch Lehrmittel zur Verfügung stellen. (XNA, 19.4.90)

Die hohe Rate derjenigen, die die Schule vorzeitig abbrechen, konnte bisher offenbar nicht reduziert werden. Viele Kinder in armen ländlichen Gegenden sind aus wirtschaftlichen Gründen gezwungen, mit zum Unterhalt der Familie beizutragen und zu arbeiten. Hier kann allein eine finanzielle Unterstützung Abhilfe schaffen. Da die Gemeinden, die für die Finanzierung des Grundschulwesens zuständig sind, häufig finanziell überfordert sind, müssen zusätzliche Mittel von außen kommen. Es ist daher zu begrüßen, daß die Stiftung für Jugendentwicklung es als ihre Hauptaufgabe betrachtet, bedürftigen Schülern den Schulbesuch zu ermöglichen. -st-

*(21)

Neuregelung der Abiturprüfung

Auf einer nationalen Konferenz über die Reform des Abiturs, die kürzlich von der Staatlichen Erziehungskommission nach Hangzhou einberufen

worden war, wurde bekannt, daß die Staatliche Erziehungskommission die Abschlußprüfungen der Oberstufe der allgemeinbildenden Mittelschulen neu regeln will. Die Kommission hat beschlossen, das bereits versuchsweise durchgeführte Prüfungssystem der Mittelschuloberstufe innerhalb der nächsten drei Jahre in ganz China einzuführen. Ziel der neuen Maßnahme ist es, die Kontrolle über den Unterricht zu stärken, die Richtung der Erziehung im ganzen Land durchzusetzen, den Lehrplan zu realisieren, die einseitige Betonung der Wissensfächer zu überwinden und die Qualität der Abiturienten zu verbessern.

Nach dem bisherigen System werden bei den Abiturprüfungen (d.h. den Abschlußprüfungen der Oberen Mittelschule) die Prüfungsthemen von jeder Schule selbst gestellt. Das neue Prüfungssystem soll demgegenüber eine Prüfung regionalen Charakters beinhalten, die im ganzen Land als Abitur anerkannt wird. Die neue, bisher versuchsweise durchgeführte Praxis sieht vor, daß es zweierlei Arten von Fächern gibt, nämlich Prüfungsfächer (*kaoshi kemu*) und Kontrollfächer (*kaocha kemu*). Zu den ersteren zählen neun Bildungsfächer, die im Lehrplan der Mittelschuloberstufe festgelegt sind. Die letzteren bestehen aus praktisch ausgerichteten Fächern wie Sport, Produktionstechniken, gesellschaftliche Praxis und Experimente in Physik, Chemie und Biologie. Um einen wirklichen und strengen Prüfungsstandard zu gewährleisten, werden die Themen einheitlich gestellt, die Prüfungen einheitlich organisiert und die Prüfungsarbeiten einheitlich durchgesehen und bewertet. Die Themen für die Prüfungsfächer werden einheitlich auf Provinzebene gestellt, die Themen für die Kontrollfächer nach einem einheitlichen Prüfungsstandard von den Städten, Kreisen oder Schulen. Wer die Prüfungen besteht, erhält ein Abiturzeugnis, d.h. ein Abgangszeugnis der Mittelschuloberstufe. (GMRB, 3.4.90, S.1)

Wie es weiter hieß, wird bis zur Einführung des neuen Prüfungssystems in ganz China noch eine Reihe von Reformen erforderlich sein, darunter die Reform des Zulassungssystems von Schülern zur Mittelschuloberstufe, die Angleichung der Lehrpläne auf der allgemeinbildenden Mittelschuloberstufe, eine Reform der Lehrpläne und

die Stärkung der in der Gesellschaft anwendbaren Fähigkeiten der Mittelschüler (ebd.). Notwendig ist aber vor allem die Errichtung einheitlicher, autorisierter Prüfungsorgane (GMRB, 11.4.90, S.3).

Erfahrungen mit dem neuen Prüfungssystem werden seit 1985 in Shanghai und Zhejiang gemacht. Es scheint jedoch sehr umstritten zu sein. In einem Zeitungsinterview erläuterte Yang Xuewei, bei der Staatlichen Erziehungskommission für das Prüfungssystem zuständig, die Gründe für die Reform. Zum einen bietet das neue System eine staatlich anerkannte, auf Provinzebene auszuführende Abiturprüfung. Das bedeutet, es gibt eine "objektive Bewertung" über das kulturelle Niveau, das Wissen und die Fähigkeiten eines jeden Abgängers der Mittelschuloberstufe. Zum anderen wird künftig mehr Rücksicht auf die Schulabgänger genommen, die nicht auf die Hochschule gehen. Von den 2,5 Millionen Abiturienten, die gegenwärtig pro Jahr die Mittelschule verlassen, erhalten nur 20 Prozent einen Studienplatz. Der weitaus größte Teil der Abiturienten tritt also mit dem Gefühl, ein "Verlierer" zu sein, in die Gesellschaft ein. Da nach dem neuen System neben den neun Pflichtfächern auch die praktischen Fächer geprüft werden, werden nicht mehr nur die besten Schüler gefördert mit dem Ziel, sie auf die Hochschule zu bringen, sondern es findet eine stärkere Berücksichtigung derjenigen Schüler statt, die nicht studieren wollen oder können und daher besser auf die berufliche Praxis vorbereitet werden müssen. (GMRB, 11.4.90) Mit anderen Worten, es soll der seit Jahren von vielen Pädagogen kritisierten einseitigen Ausrichtung des Schulsystems auf die Erwerbung theoretischer Kenntnisse mit dem Ziel, die Befähigung zum Hochschulstudium zu erlangen, zugunsten mehr praxisorientierter Lernziele entgegengewirkt werden, um die Abiturienten besser auf das praktische Leben vorzubereiten.

Das reformierte Prüfungssystem stellt eine Maßnahme zur Zentralisierung des Mittelschulwesens dar, d.h. der Staat nimmt stärkeren Einfluß auf die Mittelschulabschlußprüfungen. Ein positiver Aspekt ist die damit verbundene Einführung eines allgemeingültigen, staatlich anerkannten Abschlußzeugnisses. Zwar wird es regionale Unterschiede geben, da die Provinzbehörden

die Prüfungsthemen festlegen, dennoch bedeutet das System einen Schritt zur Standardisierung des Abiturs. Zugleich aber erhält der Staat durch diese Zentralisierungsmaßnahme die Möglichkeit, seine jeweilige bildungspolitische Linie effektiver durchzusetzen. Gegenwärtig lautet diese, das Gewicht stärker auf die Praxis zu verlagern. Seit dem Sommer 1989 haben die Kritiker einer vorwiegend auf theoretische Wissensvermittlung ausgerichteten Schulbildung mit dem Ziel, die Schüler auf die jeweils weiterführende Schulstufe zu bringen, wieder die Oberhand gewonnen. -st-

*(22)

Tagung des Verbandes der Literatur- und Kunschtchaffenden

Ende April 1990 fand in Baoding (Provinz Hebei) eine fünftägige Tagung des Verbandes der Literatur- und Kunschtchaffenden und des Schriftstellerverbandes statt, an der über 100 Schriftsteller, Künstler und Theoretiker teilnahmen (vgl. RMRB, 28.4.90). Ziel der Konferenz war es, die Probleme in Zusammenhang mit der Gegenwartsliteratur und -kunst zu erörtern, insbesondere der Frage nachzugehen, warum es so wenige neue Werke gibt, die "das reale Leben widerspiegeln" und den Forderungen der Partei entsprechen. Zur Zeit sollen nur 30 Prozent aller Werke das gegenwärtige Leben widerspiegeln, 70 Prozent hingegen historisch oder biographisch sein (XNA, 25.4.90). Nachdem sich Literatur und Kunst seit Ende der siebziger Jahre relativ frei entfalten konnten, bis im Sommer 1989 nach der Unterdrückung der Studentenproteste wieder eine ideologische Verschärfung einsetzte, haben viele Schriftsteller den Rückzug in die Historie angetreten, ein in vieler Hinsicht "sichereres" Feld als die Gegenwart, die in weitaus höherem Maße ideologischen Schwankungen ausgesetzt ist.

Was die Tagungsteilnehmer betrifft, so dominierten die konservativ-orthodoxen Schriftsteller und Literatur- und Kunstkritiker der älteren Generation. Die bekannten Namen der mittleren und jüngeren Schriftstellergeneration traten nicht in Erscheinung. Der Vizepräsident des Schriftstellerverbandes Wang Meng (bis Anfang September 1989 auch Kulturminister) fehlte selbstverständlich. Selbst der Präsident

des Verbandes der Literatur- und Kunschtchaffenden, der Dramatiker Cao Yu, hatte sich aus Krankheitsgründen, wie es offiziell hieß (RMRB, 28.4.90), entschuldigen lassen. Die Wortführer waren ältere Schriftsteller wie Ouyang Shan (Jahrgang 1908), der zwar wegen Krankheit nicht teilnehmen konnte, dessen Rede jedoch über Tonband übertragen wurde, ferner Chen Huangmei, Vizepräsident des Schriftstellerverbandes, der ebenfalls krank war und deshalb sein Anliegen brieflich vorbrachte, und Meng Weizai, Direktor des Volkskunstverlages - alle dem konservativ-orthodoxen Lager zuzuordnen. So ist es nicht verwunderlich, daß sie sich in erster Linie mit dem Einfluß bürgerlichen Gedankengutes befaßten, dem sie die Hauptschuld an der für die Partei unbefriedigenden kulturellen Situation zuschrieben. Sie riefen die Teilnehmer dazu auf, die bürgerliche Weltanschauung, die bürgerliche Sicht der Geschichte und die bürgerlichen Wert- und Kunstvorstellungen zu kritisieren.

Insbesondere Ouyang Shan betonte, daß nach dem Kampf gegen die geistige Verschmutzung des Jahres 1983 und dem Kampf gegen die bürgerliche Liberalisierung des Jahres 1987 der gegenwärtige Kampf gegen das bürgerlich-liberale Gedankengut entschlossen und unnachgiebig fortzuführen sei. Auch früher habe es viele Probleme gegeben, aber diese seien von allen immer relativ einheitlich beurteilt worden; in den letzten Jahren hingegen, so bedauerte er, sei das anders gewesen. Durch bürgerlich-liberales Gedankengut seien alle festen Positionen durcheinander geraten oder umgestoßen worden. Als Beispiele für die verlorengegangenen festen Positionen nannte er die führende Stellung des Marxismus und der Mao-Zedong-Ideen in Literatur und Kunst, die Bewertung der revolutionären Literatur- und Kunsttradition seit dem "4.Mai" sowie die Forderung an die Schriftsteller und Künstler, ins Leben einzudringen, von den Massen zu lernen und auf die gesellschaftliche Wirkung ihrer Werke zu achten. Man könne nicht sagen, daß nur verhältnismäßig junge Schriftsteller und Künstler in diesen Fragen Unklarheit hätten, auch sehr viele der mittleren und sogar der älteren Generation, die ursprünglich klargesehen hätten, seien verwirrt worden. Angesichts dieser Verwirrung im Denken sei es äußerst schwierig, die sozialistische Literatur und Kunst zur Entfaltung zu bringen. (RMRB, 28.4.90)

Chen Huangmei wandte sich in seinem Schreiben vor allem an die Literatur- und Kunstkritiker. Bei deren Arbeit hätten sich zwei ungute Tendenzen gezeigt: Erstens hätten sie einseitig die sog. "reine Literatur" befürwortet und in hohem Maße westlich-bürgerliche Literatur- und Kunstströmungen propagiert. Dies habe zu einer Trennung der literarischen und künstlerischen Werke vom Leben und von der Epoche sowie vom Volk und von der Politik geführt, ferner dazu, daß sie nicht positiv den Aufbau der Vier Modernisierungen widerspiegeln, daß die historische Aufgabe außer acht gelassen wurde, einen neuen sozialistischen Menschen heranzuziehen, und habe schließlich die gesunde Entwicklung von Literatur und Kunst verhindert. Zweitens hätten die Kritiker in bezug auf die Massenkunst, wie z.B. Schlager, Film, Fernsehen, Videofilm und populäre Romane, einseitig den Unterhaltungs- und Marktwert betont und sogar deren Kommerzialisierung propagiert. Damit hätten sie das ästhetische Empfinden und den künstlerischen Geschmack der Massen zerstört. Viele Literatur- und Kunsttheoretiker hätten dieses Problem nicht einmal wahrgenommen; manche hätten es nicht nur nicht kritisiert, sondern sogar gutgeheißen.

Meng Weizai übermittelte die Meinung des offenbar ebenfalls abwesenden Parteisekretärs des Verbandes der Literatur- und Kunstschaffenden und orthodoxen Literaturkritikers Lin Mo-han. Die Literaten und Künstler, so meinte er, sollten zweierlei studieren: den Marxismus, d.h. marxistische Methode und Weltanschauung, und das Volk, d.h. das Leben und die Praxis. Zugleich erteilte er jeglicher "Salonliteratur und -kunst", "aristokratischer Literatur und Kunst" und "Eliteliteratur und -kunst" eine Absage. Dem Volke dienen und dem Sozialismus dienen sei kein politisches Schlagwort, sondern sei das eigentliche Merkmal sozialistischer Kultur.

Auch andere Konferenzteilnehmer bestätigten die Notwendigkeit, daß Literaten und Künstler sich mit den Massen zu verbinden hätten. Ein Schlüssel dafür sei der auf dem 6. ZK-Plenum am 12. März 1990 gefaßte Beschluß zur Stärkung der Verbindung zwischen der Partei und den Volksmassen (veröffentlicht in RMRB, 21.4.90). Die Literatur- und Kunstschaffenden müßten

unter die Massen gehen, von der Theorie zur Praxis gelangen und Werke schaffen, die von den breiten Volksmassen geliebt werden. Sie wurden aufgerufen, von neuem den Marxismus und die Gedanken Mao Zedongs zu studieren. In diesem Zusammenhang wurde besonders auf Maos "Yan'aner Reden über Literatur und Kunst" und auf "Deng Xiaopings Äußerungen über Literatur und Kunst" verwiesen. (RMRB, 28.4.90)

Die Konferenz machte erneut deutlich, daß die kulturelle Szene derzeit fest in der Hand der Orthodoxen ist und für unorthodoxe, liberale Literatur- und Kunstauffassungen kein Platz ist. Die Frage ist allerdings, inwieweit die orthodoxe Propaganda mit ihrem marxistischen und maoistischen Kunstverständnis heute noch fruchten kann. Die Mehrzahl der Literaten und Künstler hat sich in die innere Emigration begeben. Angesichts dieser Situation greift die Partei wieder zu einem längst passé geglaubten Mittel: Der Beijinger Verband der Literatur- und Kunstschaffenden hat angekündigt, Künstler aus den Kreisen der Arbeiter und Bauern heranzuziehen (XNA, 25.4.90), wohl in der Hoffnung, deren Werke würden zumindest die Anforderungen der Partei erfüllen. -st-

*(23)

Revidierte Interpunktionsregeln veröffentlicht

Das Staatliche Komitee für Sprach- und Schriftarbeit hat im März 1990 eine revidierte Fassung der Interpunktionsregeln fertiggestellt, die am 17.4.90 der Presse vorgestellt und am 19.4.90 in RMRB und GMRB veröffentlicht wurden. Die neue Fassung regelt den Gebrauch von 16 Satzzeichen mit entsprechenden Beispielen. Die ersten Interpunktionsregeln der VR China waren im September 1951 veröffentlicht worden. Gegenüber diesen sind in die neue Fassung zwei zusätzliche Satzzeichen aufgenommen worden: ein Bindestrich und ein Trennpunkt. Letzterer findet hauptsächlich bei der Trennung von Bestandteilen nichtchinesischer Namen Anwendung. Außerdem enthält die neue Fassung zusätzliche Definitionen und Anwendungsbereiche von Satzzeichen. Diese wurden notwendig, weil sich im Laufe der letzten vierzig Jahre die Schreibweise von links nach rechts anstatt von

oben nach unten eingebürgert hat. Die neuen Regeln werden im ganzen Land verbreitet und dann vom Komitee für Sprach- und Schriftarbeit noch einmal revidiert. Danach werden sie dann vom Staatsrat verabschiedet. (XNA, 18.4.90)

Dieser Akt des Staatlichen Komitees für Sprach- und Schriftarbeit macht ein weiteres Mal deutlich, daß das Komitee derzeit die Schriftreform ad acta gelegt hat und sich nurmehr mit der Regelung des Bestehenden befaßt. Die Schriftreform dürfte auch kaum noch Dringlichkeit beanspruchen, seit propagiert wird, der Input von Texten in chinesischen Zeichen ginge schneller als der von Texten in westlichen Sprachen mit lateinischen Buchstaben (vgl. eine entsprechende Meldung in GMRB, 26.4.90, S.1). -st-

*(24)

Standardisierung der chinesischen Zeichen für Computer

Am 18. April hat das Staatliche chinesische Büro für technische Überwachung neue Standards für chinesische Zeichen bekanntgegeben, wie sie bei Computern Anwendung finden sollen. Vom 1. Juli 1990 an müssen alle Computer-Hersteller, Forschungsinstitute und Computer-Anwender sich an die neuen Standardformen halten und die Verwendung alter Zeichen einstellen. Die standardisierten chinesischen Zeichen entsprechen den herkömmlichen gedruckten Zeichen und sind von elektronischen Druckern ebenso wie auf dem Bildschirm leicht wiederzugeben. Ohne Genehmigung des Staatlichen Büros für technische Überwachung dürfen weder Organisationen noch Einzelpersonen den Computerchip für die chinesische Zeichenbank duplizieren und in China auf den Markt bringen. Ausländische Produkte dürfen in China nicht verkauft werden, wenn sie nicht den chinesischen Zeichenstandards entsprechen. Andernfalls werden rechtliche Schritte eingeleitet. (XNA, 19.4.90) -st-

*(25)

Standardtest für Absolventen von Mandarin-Kursen

Am 20. Februar gab das i.J. 1984 gegründete "Beijinger Institut für Linguistik" auf Anordnung der Staatlichen Erziehungskommission hin einen

"Standardtest für Mandarin" heraus, der künftig nicht nur für Ausländer, sondern auch für Überseechinesen und Angehörige der nationalen Minoritäten, die das Han-Chinesisch zu erlernen haben, gelten soll (XNA, 21.2.90). -we-

*(26)

Erneut Gewinn des "Silbernen Bären" durch einen chinesischen Film

Der chinesische Film "Das Jahr des Unglücks" erhielt bei den 40. Internationalen Berliner Filmfestwochen, die am 20. Februar 1990 zu Ende gingen, den "Silbernen Bären". Insgesamt waren nicht weniger als 800 Filme im Wettbewerb, von denen 30 den "Goldenen" und den "Silbernen" Bären gewannen.

Schon vor zwei Jahren hatte der chinesische Streifen "Das rote Kornfeld" einen Preis in Berlin erhalten (XNA, 22.2.90). -we-

Außenwirtschaft

*(27)

Keine Gegengeschäfte mehr mit Sowjetunion und DDR

Die Sowjetunion, die DDR und die übrigen noch im RGW-Wirtschaftsblock zusammengeschlossenen Länder sind dabei, radikale Veränderungen im Außenhandel mit der Volksrepublik China durchzuführen. Der gesamte Handel wird von Barter-Verrechnungen auf normale Verkäufe umgestellt.

Anstelle der Absprachen der Außenhandelsministerien, die in Jahresprotokollen die Höhe des Warenaustausches zwischen der Sowjetunion und China sowie China und den anderen RGW-Ländern festgelegt hatten, werden künftig die Unternehmen in eigener Regie verhandeln. Die Umstellung ist für 1991 vorgesehen. Bilaterale Verträge über den Warenaustausch auf Barter-Basis sind im März 1990 noch zwischen der UdSSR und China auf der Ebene der Außenhandelsminister geschlossen worden. Von sowjetischer Seite war zu hören, es sei vereinbart worden, daß dies der letzte derartige Vertrag gewesen sei.

Die Schwierigkeiten im Außenhandel zwischen den Ländern des auseinanderbrechenden einstigen sozialistischen Blocks und China hatten sich mit dem Aufschwung des Handels nach der politischen Normalisierung teilweise drastisch erhöht. Importe aus der Sowjetunion haben die höchsten Zuwachsraten im gesamten Außenhandel Chinas mit Erhöhungen, die beispielsweise im Februar 1990 gegenüber dem gleichen Vorjahresmonat 58% betragen und einen Wert von 190 Mio. US\$ hatten.

Die Außenhandelsministerien hatten einheitlich eine von Moskau erfundene Formel zur Bewertung der Waren übernommen, die in der Praxis freilich zu Verzerrungen bei den Preisen führte. Dieser Formel zufolge wurden die Preise für Warenlieferungen, die ministeriell zwischen der Volksrepublik China und den RGW-Ländern vereinbart wurden, auf der Basis des Schweizer Franken kalkuliert. Dies war schon schwierig bei Rohstofflieferungen, wurde doch ein Weltmarktpreis in Rechnung gezogen, der auf Jahresdurchschnittswerten der Vorjahre kalkuliert wurde. Das hatte zur Folge, daß hohe Preise selbst in den Jahren verlangt wurden, in denen beispielsweise die Ölpreise schon gesunken waren.

Größere Schwierigkeiten entstanden jedoch bei der Festlegung von Maschinen oder Anlagen, die keinen Weltmarktpreis hatten, da etwa von der UdSSR an China gelieferte Maschinen sonst nirgendwo auf der Welt zu verkaufen waren. Von sowjetischer Seite war zu hören, daß die Preisfestlegung solcher Produkte in der Vergangenheit zähe Verhandlungen erforderte. Dabei wurden politische, aber wenig Rücksichten auf die Kombinate genommen, die an China liefern mußten, was die Minister ausgehandelt hatten.

Im Falle der DDR waren es in China vor allem Nutzkraftwagen, Landmaschinen, Schienenfahrzeuge für die chinesischen Eisenbahnen, aber auch Druckmaschinen und Chemieanlagen. Als Gegenwert lieferte China Textilien (über 50% der Exporte Chinas in die DDR) und Agrarprodukte wie Reis. Die Clearing-Stellen sorgten für den Handelsausgleich. Die Außenhandelsbetriebe der DDR, die die Kombinate und damit die Hersteller vertraten, waren praktischerweise gleich unter dem Dach der Botschaft angesiedelt.

Dieses System soll nun auch geändert werden, was etwa bundesdeutschen Firmen die Chance geben dürfte, DDR-Betriebe in Beijing und anderen Städten direkt zu vertreten. Chinas stellvertretender Außenhandelsminister, Li Lanqing sagte, die Umstellung werde wahrscheinlich eine kurzfristige Reduzierung des Handels mit sich bringen, aber langfristig zur besseren Einbeziehung der Wirtschaft Chinas, der UdSSR und der übrigen sozialistischen Länder in den Welthandel führen. (HB, 5.4.1990) -lou-

*(28)

Schulden wahrscheinlich höher als offiziell angegeben

Chinesische Unternehmen und ihre ausländischen Joint Venture-Partner haben wahrscheinlich in den letzten zehn Jahren ca. 70 Mrd. US\$ an von der Regierung garantierten Krediten aufgenommen. Diese Information stammt von einer internen chinesischen Studie, deren Inhalt von einem hohen Kader weitergegeben worden sein soll.

Nach Angaben dieses Kadres bedeutet dies, daß die bislang angegebene Verschuldungssumme in Höhe von rd. 44 Mrd. US\$ kräftig nach oben korrigiert werden muß. Zwar soll ein Teil dieser Schulden bereits zurückgezahlt worden sein, doch die Schuldensumme würde vermutlich immer noch jene offiziell angegebenen 44 Mrd. US\$ überschreiten.

Im Jahre 1992 sollen allein 10 Mrd. US\$ an Rückzahlungen und Zinsen fällig werden. Falls einige der Schulden von den betroffenen Unternehmen nicht zurückgezahlt werden können, müßte die Regierung eintreten, da sie ja diese Schulden garantiert hat.

Der Kader erklärte, daß die Regierung das Schuldenproblem als ein gravierendes Problem erkannt habe. Im Jahre 1989 sei eine Studiengruppe zusammengestellt worden, die die Untersuchung durchgeführt habe. Die Regierung habe nun entschieden, daß die Kontrolle über die mit Auslandskrediten verbundenen Garantien verstärkt werden solle.

Am 19.4. gab die Regierung die Namen von zehn Finanzorganisationen bekannt, denen es erlaubt sei, auslän-